

---

## Pressemitteilung zum neuen Sonderbeauftragten für Migration des Bundes

Der frühere Integrationsminister von NRW, Joachim Stamp (FDP), ist der neue Sonderbeauftragte für Migration der Bundesregierung. Herrn Stamps Ressort soll das im Koalitionsvertrag festgelegte Thema Fachkräftemangel, insbesondere im Hinblick auf die Flüchtlingspolitik, mehr Nachdruck für eine Umsetzung erhalten.

Im Fokus sollen dabei insbesondere die Migrationsvereinbarungen mit Herkunftsländern von Geflüchteten sein, die bei kooperationsunwilligen Geflüchteten oder abgelehnten Asylbewerber\*innen wieder die Rückführungen aus Deutschland verbindlich anerkennen. Auch soll ausgelotet werden, ob der qualifizierte Fachkräftebedarf durch dieses Abkommen gesichert werden kann.

Der Niedersächsische Integrationsrat weist darauf hin, dass man zunächst bedacht sein sollte, die Möglichkeiten im eigenen Lande zu sondieren, um den Fachkräftemangel in Deutschland zu bedienen. Durch mehr Zielvorgaben am Arbeitsplatz und angepassten Stellen wäre es möglich Frauen und Menschen mit Behinderungen mit sehr guten Qualifikationen in den Berufsalltag zu integrieren. Diese beiden Gruppen bleiben viel zu oft unberücksichtigt in der Arbeitsplatzvergabe.

Zudem gibt es viele Fachkräfte mit Migrationsgeschichte, deren Weg in die Arbeitswelt oft durch zu geringe Chancengleichheit verhindert wird. Hier würden ebenfalls Zielvorgaben ein Mittel sein, um mehr Fachkräfte dem Arbeitsmarkt zuzuführen.

Ähnliches gilt für diverse Menschen, die in unserer Gesellschaft und in der Arbeitswelt immer noch nicht genug Anerkennung finden. Auch die Gruppe der Menschen ohne Schulabschluss müssten die Möglichkeit erhalten einen Weg in den Arbeitsmarkt zu finden.

Eine schnelle und sichere Möglichkeit den Fachkräftebedarf zu decken, sieht der NIR in der Anerkennung ausländischer Qualifikationen. Es gibt tausende Menschen, die im Ausland eine hervorragende Qualifikation genossen haben, aber das deutsche Anerkennungsverfahren akzeptiert diese ausländischen Qualifikationen nicht oder ist derart schwierig, so dass hochqualifizierte Menschen nicht in Deutschland ins Berufsleben gelangen können.

Der NIR fordert deshalb nicht nur einen „switch“ hinsichtlich der Politik des Fachkräftemangels in der Migrationspolitik diese im Ausland zu suchen, sondern fordert die vorhandenen Alternativen in Deutschland zu nutzen, um den Menschen ein adäquates Berufsleben zu ermöglichen und gleichzeitig den Fachkräftemangel zu minimieren.

Der Vorstand des Niedersächsischen Integrationsrates

Hannover, 1. Februar 2023

Gefördert durch:



**Niedersächsisches Ministerium  
für Soziales, Arbeit, Gesundheit  
und Gleichstellung**